

B E S C H L U S S
zur Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte
am 18.03.2023 in Neumünster

Antragsteller: Landesvorstand

Kurztext: Resolution - Stärkung des ambulanten Sektors

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung Schleswig-Holstein des Freien Verbandes Deutscher Zahn-
2 ärzte fordert die Rückbesinnung der Politik auf den Grundsatz „ambulant vor stationär“.
3 Die Benachteiligung der freien (zahn)ärztlichen Praxen gegenüber dem stationären Be-
4 reich während der Pandemie und in der aktuellen Krisensituation ist nicht zu rechtferti-
5 gen und muss sofort beendet werden. Die mit dem Gesetz zur finanziellen Stabilisie-
6 rung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz - GKV-
7 FinStG) eingeführte Budgetierung zahnärztlicher Leistungen ist sofort aufzuheben.

8
9

10 **Begründung:**

11
12 Die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems in Deutschland beruht auf der „doppel-
13 ten Dualität“ aus GKV und PKV sowie der unterschiedlich organisierten stationären und
14 ambulanten Versorgung aus Kliniken und freiberuflich selbstständig Niedergelassenen.
15 Die freien (Zahnarzt)Praxen tragen die Hauptlast der (zahn)medizinischen Versorgung.
16 Zahnarztpraxen wurden beim Schutzschirm „vergessen“, sie erhielten keinen Corona-
17 bonus und bleiben auch bei den von Bundesgesundheitsminister Lauterbach wegen der
18 exorbitant steigenden Energiekosten in Aussicht gestellten Unterstützungsmaßnahmen
19 unberücksichtigt. Die Leistungsbereitschaft wird durch Verlagerung des Morbiditätsrisi-
20 kos auf die Leistungserbringer nicht gefördert. Für begrenzte Mittel kann es nur be-
21 grenzte Leistungen geben. Mit rückwärtsgewandten Maßnahmen wird die hohe Qualität
22 der Versorgung der Bevölkerung gefährdet.

23
24